

Der Angriff auf die Studierenden

Unter Führung von Hessens Ministerpräsident **Roland Koch** attackieren CDU-Politiker nach der NRW-Wahl die Unis.

Nur eine **Koalition des Widerstands** kann verhindern, dass Studierende, Beschäftigte und Arbeitslose für die Krise zahlen **S.3**



Euro-Krise: Nach der Bankenrettung kommt der europaweite Sozialkahlschlag S. 6-7
Ende der Studiengebühren: Wird NRW nach der Wahl gebührenfrei? S.8
The Bildungsstrike: Wie sich britische Studierende gegen Kürzungen wehren S. 4-5

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Einschlag der Krise rollt plötzlich eine Welle der neoliberalen Kürzungspolitik auf die EU-Länder zu (Seite 5). In diesem Kontext soll jetzt auch das deutsche Bildungssystem baden gehen. Während Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) mit ihrer Inszenierung des Bologna-Gipfels als großartigen Erfolg floppte (Seite 2), spricht Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) nun Tacheles: Bildungsausgaben weiter zurückschrauben, die Mehrheit der Bevölkerung für die Krise bezahlen und die Reichen und Banken unbehelligt lassen (Seite 3). Wenn die schwarzgelbe Regierung jetzt ihr wahres Gesicht offenbart und Deutschland mit in den Kürzungsstrudel reißt, drohen dem Sozialstaat und den Unis bald britische Zustände (Seite 4). Dagegen wehren können sich die Betroffenen nur in einer breiten und starken Koalition des Widerstands. Der Bildungsstreik am 9. Juni dieses Semesters und die Antikrisendemos bieten dafür die Gelegenheit.

Eure critica-Redaktion

Bologna-Konferenz

Die 3 Schavan-Lügen

Bildungsministerin Schavan (CDU) behauptet, die Bachelor-Reform habe den Studierenden Verbesserungen im Studium gebracht. Das Gegenteil ist wahr

Studierbarkeits-Lüge

1

Schavan behauptet, viele Fächer ließen sich heute besser studieren. Wahr ist: Die Zahl der Studierenden ist

gestiegen. Die Zahl der Dozenten nicht. Für sie hat sich der Verwaltungsaufwand stark erhöht, sodass für jeden Studierenden heute weniger Zeit zur Betreuung bleibt.

Die Arbeitsbelastung der Studierenden ist deutlich gestiegen. Das Ziel der Kultusministerkonferenz sind 40 Stunden pro Woche. Gleichzeitig zählt vom ersten Tag an jede Note für den Abschluss.

Wegen des Leistungsdrucks ist es heute schwieriger, neben dem Studium zu arbeiten. Doch nur noch 24 Prozent der Studierenden bekommen BAföG. Deshalb müssen 67 Prozent der Studierenden jobben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Hinzu kommen für viele ab dem ersten Semester Studiengebühren von 500 Euro. Jeder Fünfte bricht sein Studium ab, weil er es sich nicht mehr leisten kann.

Mobilitäts-Lüge

2

Schavan behauptet, der Bologna-Prozess verbessere die Mobilität der Studierenden. Durch das

ECTS-Leistungspunktesystem sollte die Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen erleichtert werden.

Tatsächlich sieht die Bilanz nach zehn Jahren Bologna ganz anders aus: In den neuen BA-Studiengängen hat die Mobilität nicht zugenommen, sondern ist dramatisch gesunken. Lag die Quote der deutschen Diplomstudierenden mit Auslandsstudium früher noch bei rund 30 Prozent und die der Masterstudierenden sogar bei 50 Prozent, so ist die Mobilitätsquote im Bachelor auf 15 Prozent und im Master auf unter 30 Prozent gefallen.

Hinzu kommt, dass in Deutschland Studierende aus bildungsfernen Elternhäusern den Sprung ins Ausland im Rahmen ihres Studiums weniger als halb so oft schaffen wie Kinder von Akademikern. Soziale Unterstützungsleistungen fehlen hier völlig.

Employability-Lüge

3

Schavan behauptet, die Studierenden würden von der Ausrichtung des Bachelor-Studiums auf „employability“

profitieren. Mit „employability“ ist die „Beschäftigbarkeit“ der Absolventen gemeint, also deren problemlose Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Praktisch an den Bachelor-Absolventen ist aber vor allem, dass die Arbeitgeber ihnen durch die Verkürzung der Ausbildungszeit auf drei Jahre einen entsprechend niedrigeren Lohn zahlen können. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) freut sich über die „deutlich kürzeren Studienzeiten“ der Bachelor-Absolventen. Tatsächlich steckt hinter dem Label die Absage an ein selbstbestimmtes Studium, das sich auch mit tiefergehenden Themen beschäftigt. Dass Studierende tatsächlich auch studieren möchten und nicht nur „employable“ sein wollen, dass sie also lernen können, wissenschaftlich zu arbeiten – dies ist im neuen Bildungsideal nicht mehr enthalten.

Critica



Ihr könnt die critica kostenfrei zum Weiterverteilen bestellen. Wenn du selbst in der Redaktion mitmachen willst, nimm Kontakt auf: www.critica-online.de

Impressum

Critica – Semesterzeitung von Die Linke.SDS
Anschrift: critica, c/o Die Linke.SDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion Extra-Ausgabe: May Naomi Blank, Stefan Deutschle, Ole Vincent Guinand, Hans Krause, Jonas Rest
Layout: Stefan Deutschle, Jonas Rest
V.i.S.d.P.: Steffi Graf
Kontakt: info@critica-online.de
Anzeigen: anzeigen@critica-online.de
Internet: www.critica-online.de

Schavan-Show gescheitert

Bildungsstreik-Aktivisten und Mitglieder des SDS verlassen aus Protest die Bologna-Konferenz am 17. Mai 2010. Die Studierenden wollen nicht nur als Kulisse für die Schavan-Show erhalten. Ursprünglich wurde der Bologna-Gipfel durch den Bildungsstreik im Herbst 2009 erzwungen. Die Bildungsministerin Anette Schavan kündigte an, zusammen mit Hochschulrektoren, Studierenden, sowie Vertretern der Kultusministerkonferenz über eine Reform der Bologna-Reform zu diskutieren. In den Wochen vor dem Gipfel

entpuppte sich die Veranstaltung als Inszenierung: Die Zahl der geladenen Studierenden wurde reduziert, dafür Vertreter der Wirtschaft eingeladen. Die Länge wurde von zwei Tagen auf nur vier Stunden gekürzt und die Hauptforderungen des Bildungsstreiks wurden von der Agenda genommen. Grund genug zu gehen, fand Bildungsstreik-Aktivistin Hannah Eberle, die zu den Protestierenden auf dem Gipfel gehörte: „Eine Diskussion war vom Bildungsministerium auf dem Bologna-Gipfel nie vorgesehen.“



Wollen nicht nur Kulisse sein: Die Studierenden organisierten einen Gipfel gegen den Gipfel

Ole Vincent Guinand

Bestes Zitat eines Konservativen

„Das war eine Alibi-Veranstaltung, eine PR-Inszenierung. Professor Bernhard Kempen, Präsident des konservativen Deutschen Hochschulverbandes (DHV) über die Bologna-Konferenz.“

Beste Krawall-Überschrift zum Gipfel

„Randale während der 'Schavan-Show' So titelt die Süddeutsche-Zeitung. Was passiert ist: Bildungsstreik-Aktivisten „verlassen plötzlich den Saal, Vorwürfe an die Ministerin richtend und Flugblätter verteilend.“



Ausführliche Analysen zur Bologna-Konferenz, aktuelle Berichte und Hintergrundinfos zum Bildungsstreik unter www.linke-sds.org



Nach der Schavan-Show kommen Kochs Kürzungen

Die Attacke auf die Unis

Bildungsministerin Schavan feiert eine Bologna-Show, während CDU-Politiker unter der Führung von Roland Koch bereits die Unis attackieren. **Jonas Rest** meint, notwendig sei eine Koalition des Widerstands

Als Reaktion auf den Bildungsstreik hatte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) Studierende zu einem Bologna-Gipfel eingeladen, um konkrete Verbesserungen am Bachelor-Studium zu besprechen. Mit der Konferenz wollte Schavan zeigen, dass sie die Belange der Studierenden aufnimmt. Heraus kam nur heiße Luft. Tatsächlich bröckelte die Fassade der Schavan-Show bereits einige Tage zuvor.

Unmittelbar nach der NRW-Wahl stellte Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) klar: „Die Zeit der Behutsamkeit ist vorbei.“ Koch meint: „Wir leben in dramatischer Weise über unsere Verhältnisse.“ Und fordert, „die staatlichen Ausgaben in den nächsten Jahren dramatisch zurückzuführen“.

Koch will in Hessen die Hochschullehre bis 2011 um 54 Millionen kürzen

Attackieren will Koch zuerst die Studierenden: Die nach dem Bildungsstreik beschlossenen Pläne der Bundesregierung, 200 Millionen pro Jahr mehr für die Hochschullehre auszugeben, „müssen verschoben werden“. Dabei wäre selbst die bislang angekündigte Anhebung nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates wäre knapp das Zehnfache nötig, um nur die größten Probleme zu beseitigen. Während Annette Schavan auf der Bologna-

Konferenz noch versuchte, die geplanten minimalen Erhöhungen als „starkes Signal für die Lehre“ zu verkaufen, schafft Roland Koch in Hessen bereits Fakten.

Bis 2011 soll dort die Hochschullehre um 54 Millionen heruntergekürzt werden – während gleichzeitig die Doppeljahrgänge des Turbo-Abiturs ihr Studium beginnen.

Uneinig sind sich Koch und die Bundesregierung nur noch darüber, wo sie zuerst kürzen

Die Konsequenz werden überfüllte Hörsäle und eine noch schlechtere Betreuung der Studierenden sein.

Hintergrund dieser „Kriegserklärung an die Jugend“ (Spiegel-Online) ist das Bestreben, die Milliardenkosten von Bankenrettungen und Euro-Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Allein in Deutschland geht die Hälfte der neuen Staatsverschuldung von 180 Milliarden Euro seit 2008 auf das Konto der Bankenrettung.

Anstatt Banken und Finanzmärkte zur Kasse zu bitten, sollen nun Bildung und Sozialstaat bluten, um die Schulden wieder abzubauen. Hinter dieser Linie der Kürzungen steht nicht nur Koch, sondern die gesamte CDU-FDP-Regierung.

Das Finanzministerium lobte Kochs Kürzungsoffensive. Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagt: „Wir leben über unsere Verhältnisse.“

Ungeklärt ist zwischen Koch und der Bundesregierung nur noch, wo zuerst gekürzt werden soll.

Merkel hat sich zunächst gegen weitere Bildungskürzungen ausgesprochen und stattdessen darauf hingewiesen, dass „Arbeit und Soziales“ der größte Posten im Bundeshaushalt ist. Schon ihr Vize-Kanzler Guido Westerwelle (FDP) hatte Hartz IV-Empfänger angegriffen, die „in spät-römischer Dekadenz“ lebten.

Hinter dieser Kürzungslogik stehen dieselben Sachzwang-Argumente der „leeren Kassen“, die schon in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass einige Wenige immer reicher geworden sind, während Bildung, Gesundheitssystem und soziale Sicherungssysteme abgebaut wurden.

Die Alternativen zu Bildungs- und Sozial-

Die Kürzungen zu stoppen wird nicht nur eine Frage der besseren Argumente sein

kahlschlag sind bekannt: Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärsteuer würde 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen.

Doch die Durchsetzung solcher Alternativen gegen die neoliberale Kürzungslogik wird nicht nur eine Frage der besseren Argumente sein, sondern vor allem der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Es wird davon abhängen, ob sich die Menschen wie in Griechenland dagegen

wehren, dass sie für die Krise zahlen sollen. Studierende können dazu beitragen, dass eine Koalition des Widerstands gegen die Koalition der Kürzungen entsteht.

Zwar entfalten studentische Protestbewegungen anders als die Streiks von Beschäftigten nur einen geringen ökonomischen Druck. Doch haben sie häufig einen großen Einfluss auf gesellschaftliche Stimmungen und Mehrheiten.

So konnten die 68er auch deshalb so viel erreichen, weil sich die Proteste in vielen Ländern schnell auf Beschäftigte und andere gesellschaftliche Gruppen ausweiteten. Den aktuellen Generalstreiks in Griechenland sind Revolten von Schülern und Studierenden vorausgegangen.

Auch in Deutschland stehen die Studierenden vor der Herausforderung, ihren Protest mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen zu verbinden.

Die anstehenden Demonstrationen gegen die Abwälzung der Krise auf die Menschen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart und der Bildungsstreik am 9. Juni können ein Anfang sein, um Proteste gegen die miesen Zustände im Bildungswesen mit der gesellschaftlichen Wut über die katastrophalen Folgen neoliberaler Politik zu verbinden.

Und um von Athen bis Berlin klar zu machen: Wir werden nicht für die Banken zahlen. ★

Jonas Rest ist Redakteur der kritica und aktiv in Die Linke.SDS



The Bildungsstrike

Trotz Studiengebühren wird an den britischen Universitäten gekürzt, geschlossen und entlassen. Jetzt wird auch gestreikt. Von **May Naomi Blank**

Philosophieprofessor Michael Martin vom Londoner University College ist überzeugt: „Dies ist das Ende der Universitäten in Großbritannien.“ Trotz Erhöhung der Studiengebühren sollen im ganzen Land geistes- und sozialwissenschaftliche Studienprogramme verkleinert oder ganz gestrichen werden. Zuletzt betroffen: eine der international bekanntesten Fakultäten für Philosophie. Für Studentinnen und Lehrende an der Middlesex University ging am 26. April die Welt unter.

An diesem Tag gab Ed Esche, der Dekan der Hochschulabteilung für „Arts and Humanities“ bekannt, dass die Philosophie fakultät komplett geschlossen würde. Bachelor und Master sowie Doktorandenprogramme sollen bis 2013 auslaufen. Und das, obwohl die Zahl der Studienbewerber in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist und Phi-

In Middlesex kämpfen Studierende für die kritische Wissenschaft

losophie schon immer das Aushängeschild der Middlesex University war. Drei Wochen später: Die Uni ist seit dem 4. Mai besetzt. Lehrende und Studierende haben eine Petition gestartet, um den Studiengang Philosophie zu retten. Zu den Unterzeichnern gehören Akademiker aus der ganzen Welt, darunter Noam Chomsky, Antonio Negri, Judith Butler, Alain Badiou und Slavoj Žižek.

Mark Bergfeld, der im Vorstand der National Union of Students ist, hat die Proteste in Middlesex mitorganisiert: „Middlesex ist in die Schusslinie geraten, weil hier noch kritische Wissenschaft gelehrt wird. Die Agenda der großen Parteien ist ganz klar: Die wollen Arbeitskräfte produzieren und

Wachsende Unterfinanzierung bei steigenden Studiengebühren

nicht Leute, die kritisch denken.“

Doch Middlesex ist kein Einzelfall. Am University College und dem King's College in London und an der University of Liverpool ist die Zukunft der Philosophie fakultäten ebenfalls ungewiss. Allerorts wird im Bereich der Künste und Sozialwissenschaften gestrichen. Für Studierende in den Bereichen Medizin, Ingenieurwesen und Technik sowie den Naturwissenschaften sind die staatlichen Zuschüsse am höchsten. Um so viel Geld wie möglich von der Regierung zu bekommen, reduzieren die Unis in den übrigen Studienbereichen.

Der Hintergrund ist die Krise. Die Labour-Regierung kündigt seit Sommer letzten Jahres regelmäßig neue Etatkürzungen für Großbritanniens Universitäten an, laut Berechnungen des Guardian sind es mittlerweile über eine Milliarde Pfund. Unter der neuen konservativen Regierung wird sich das alles voraussichtlich noch erhöhen. Sie hat bereits angekündigt, die

Staatsausgaben um insgesamt sieben Milliarden Euro zu beschneiden.

Damit droht sich die Entwicklung zu verschärfen, durch die die britische Hochschulbildung seit der Thatcher-Ära bestimmt wird: Eine wachsende Unterfinanzierung der Universitäten bei gleichzeitig steigenden Studiengebühren, die den Unis eigentlich aus der finanziellen Misere hätten helfen sollen.

So wird das Studium in England noch teurer, obwohl die Lehre gleichzeitig zusammengestrichen wird. Die Studiengebühren sollen nun von 3225 auf 5000 Pfund im Jahr angehoben werden. Bis vor vier Jahren war das Studieren in ganz Großbritannien noch kostenfrei.

In der Theorie kann jede Uni die Studiengebühren selbst bestimmen, in der Praxis zeigt sich, dass die staatlich festgesetzte Maximalgrenze niemals unterschritten wird. Mit verheerenden Folgen für die Studierenden: Nach dem Bachelor-Studium ist der Normalstudent mit durchschnittlich 18.000 Pfund verschuldet. Studenten aus Übersee zahlen vielfach hö-

here Studiengebühren - und werden daher bevorzugt angenommen.

„In Essex sind bereits 46 Prozent der Studenten aus außereuropäischen Ländern, an der London School of Economics sind es bereits 65 Prozent. Ein Bekannter von mir kommt aus Indien“, erzählt Streik-Aktivist

Die britischen Vorzeige-Unis haben sich zu Lernfabriken entwickelt

Mark Bergfeld. „Er hat 27.000 Pfund für sein Masterprogramm gezahlt. Mit internationalen Studenten wird hier viel Geld gemacht.“ Britische Universitäten gelten in Deutschland als Vorzeigemodell und müssen regelmäßig zur Begründung von Studiengebühren herhalten. Tatsächlich aber haben sich Großbritanniens Unis zu Lernfabriken entwickelt, an denen kein Platz mehr ist für nichtkommerzielle Studien.

Je geringer die staatlichen Förderungen für

Info

3225

Pfund darf ein Studium in England pro Jahr kosten. Keine Uni liegt unter dieser Maximalgrenze.

1000

Millionen Pfund will Labour im Bereich Hochschulbildung und Wissenschaft einsparen.

6000

Jobs an Universitäten und Colleges sind laut Aussagen der NUS in Gefahr.



In Middlesex besetzen Studierende ihre Uni. Die Philosophiefakultät soll geschlossen werden

Universitäten, desto mehr Mittel müssen anderweitig eingetrieben werden.

Wie ihre deutschen Kollegen schneiden britische Uni-Manager ihre akademischen Pläne auf die Interessen verschiedener Geldgeber zu: Sie werben mit eigenen Veranstaltungen für Spenden der Alumni, vermieten Hörsäle und Seminarräume, jagen nach Drittmitteln und Studiengebühren.

Bereits der Minister für „Industrie, Innovation und Bildung“ der nun abgewählten Labour-Regierung Lord Peter Mandelson mahnte: „Universitäten sind keine Elfenbeintürme. Sie müssen auf die Außenwelt reagieren“.

Auf sein Drängen hin wurde der Sektor Hochschulbildung in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums verlegt und soll jetzt den Gesetzen des Marktes gehorchen. Mandelson stellt klar: „Ich möchte, dass Universitäten die Früchte ihrer Arbeit

Der Student wird zum Kunden, die Wirtschaft beeinflusst die Studieninhalte

vermarkten. Business steht im Mittelpunkt.“ Der britische Labour-Lord skizziert das zukünftige Bild der britischen Universitäten: Der Student solle als Kunde begriffen werden, die Wirtschaft direkt Einfluss auf Studieninhalte nehmen und sich über Sponsoring an der Finanzierung der Hochschulen beteiligen können. Für das akademische Personal steigt unter-

dessen der Druck. Einmal im Jahr wird die Leistung der Beschäftigten in Forschung und Lehre überprüft. Wer hier nicht exzellente Resultate im Sinne der Universitätsleitung aufweisen kann, muss gehen, meint Philosophieprofessor Michael Martin. „Die Leute werden gefeuert, wenn ihre wissen-

Die britischen Studenten wollen kämpfen wie die Griechen

schaftliche Arbeit nicht dem Verständnis des Dekans oder anderer Einflussnehmer entspricht, wohin die Geistes- und Sozialwissenschaften steuern sollten.“

Die Universitätsleitung in Middlesex hat mittlerweile beim britischen High Court of Justice, vergleichbar mit dem Bundesgerichtshof, die Räumung der Universitätsgebäude erwirkt. Der Protest geht dessen ungeachtet weiter. Es ist ein Kräftemessen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

„Was wir in Großbritannien haben, ist eine Koalition der Kürzungen“, stellt Mark Bergfeld fest. „Was wir brauchen ist eine Koalition des Widerstandes. Das Bildungswesen und der öffentliche Sektor sind beide von diesen Kürzungen betroffen und sie müssen sich zusammenschließen: Widerstand ist an der Tagesordnung. Wir müssen kämpfen wie die Griechen!“ ★

May Naomi Blank ist Redakteurin der critica

Die Linke.SDS – Frequently Asked Questions

[1] Worum geht's?

Die Linke.SDS – der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband – ist seit der Gründung im Mai 2007 an den deutschen Hochschulen präsent. Seitdem setzt sich der SDS für bessere Studienbedingungen ein und versteht dies als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Kampfes gegen die Krise, gegen Sozialabbau, Krieg, Umweltzerstörung, Ausgrenzung und Unterdrückung jeglicher Art. Mit dem Namen bringt Die Linke.SDS als politisch und organisatorisch unabhängige Organisation sowohl die Nähe zur Partei DIE LINKE zum Ausdruck, als auch den Anspruch, an die außerparlamentarische Tradition des SDS der 68er-Bewegung anzuknüpfen.

[2] Wie kann ich mitmachen?

An über 50 Hochschulen in Deutschland gibt es bereits aktive Gruppen. Die Kontakte zur Gruppe in deiner Stadt findest du auf unserer Homepage. Wenn es noch keine Gruppe an deiner Hochschule gibt, hilft dir die AG Gruppen- und Kampagnenbetreuung beim Aufbau. Innerhalb von Die Linke.SDS gibt es viele bundesweite

Arbeitsgruppen, wie zum Beispiel die AG Kritische Wissenschaft, die AG Antimilitarismus und Frieden oder die Zeitungs-AG critica. Die Linke.SDS organisiert regelmäßig Seminare zu Theorie und Praxis und ist darüber hinaus bundesweit und vor Ort aktiv in den Bündnissen des Bildungstreiks. Alle Interessierten sind herzlich zum Mitmachen eingeladen.

[3] Was ist neu?

Der nächste Bundeskongress, das höchste Entscheidungsgremium von Die Linke.SDS, findet am Wochenende von 18. - 20. Juni an der Humboldt-Uni in Berlin statt. Dort wird gemeinsam über die gegenwärtigen politischen Entwicklungen und die Aktivitäten von Die Linke.SDS im kommenden Halbjahr diskutiert. Sicherlich eine gute Gelegenheit, den Bundesverband mitsamt seinen Hochschulgruppen und AGs kennen zu lernen.

Zur inhaltlichen Unterstützung des Bildungstreiks hat Die Linke.SDS die Broschüre „Streikgründe - Argumente für linke Hochschulpolitik und Politik an der Hochschule“ herausgegeben. Du kannst sie kostenlos auf unserer Bundeshomepage downloaden oder in der gedruckten Version bestellen.

www.linke-sds.org



Mehr Info zu Die Linke.SDS unter: www.linke-sds.org

Seminare des Fördererkreises

[1] Feminismus

Das Seminar „Kinder, Küche, Kirche und die Politik der schwarz-gelben Regierung: Geschlechterverhältnisse in der heutigen Gesellschaft“ findet in Münster vom 5. bis 7. November 2010 statt. Dort soll der Frauenpolitik der Bundesregierung auf den Zahn gefühlt werden. Im Seminar soll dem Angriff auf Frauenrechte vor allem in den Bereichen Arbeit und Bildung nachgegangen werden. Im Rückgriff auf die Erfahrungen früherer Kämpfe für Frauenrechte und auf feministische und marxistische Theorien geht es um eine Analyse der gegenwärtigen Frauenunterdrückung und um die Frage der Organisation von Widerstand.

Info: www.foerdererkreis.de

[2] Revolutionäre Realpolitik

Das Seminar zur Organisationsfrage findet vom 26. bis 28. November 2010 in Werftpfuhl bei Berlin statt. Dort wird die Frage behandelt, wie das Verhältnis von Staat, Partei und Bewegung damals und heute strukturiert ist und wie in der gegenwärtigen Situation ein produktiver Umgang mit der Spannung von Reform und Revolution im Sinne „revolutionärer Realpolitik“ (Rosa Luxemburg) aussehen könnte. Geht es um die Entwicklung einer kulturell und organisatorisch pluralen Mosaik-Linken oder um den Aufbau einer neuen antikapitalistischen Partei?

Info: www.foerdererkreis.de

Euro brennt, Banken gerettet

Das Euro-Rettungspaket ist in Wirklichkeit ein zweites Banken-Rettungspaket.

Fabio De Masi meint, bezahlen müssen dafür jetzt die Menschen in Griechenland - und in ganz Europa



Feuerwehrmann löscht brennende Barrikade. Die Menschen in Griechenland wehren sich dagegen, für die Banken zu zahlen

Für den so genannten „Euro-Schutzschirm“ werden nun 750 Milliarden bereitgestellt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rechtfertigt die Milliardenpritze damit, dass sie der Bevölkerung hilft: „Wir schützen das Geld der Menschen in Deutschland.“ Tatsächlich profitieren von dem Rettungspaket Banken und Finanzmarktakteure. Während die Menschen in Griechenland und bald auch in Deutschland für die Krise zahlen sollen. Der Hintergrund der Euro-Krise ist die Zunahme der Staatsverschuldung. Diese hängt eng mit den Milliardenpritzen für die Banken und Finanzmärkte zusammen. Um die Krise der Finanzmärkte zu stabilisieren, wurden vor zwei Jahren 500 Milliarden Euro allein für die deutschen Banken bereitgestellt, insgesamt wurden über 14 Billionen US-Dollar in das globale Finanzsystem gepumpt.

In Deutschland geht die Hälfte der neuen Schulden von 180 Milliarden Euro seit 2008 auf das Konto der Bankenrettung. In anderen Ländern sieht die Lage noch dramatischer aus.

Die Verschuldung ist inzwischen so stark, dass die Gefahr besteht, dass einige EU-Länder wie Griechenland ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. Dann würden die Banken, bei denen der griechische Staat verschuldet ist, getroffen werden. Derzeit steht Griechenland allein bei deutschen Banken mit umgerechnet 43 Milliarden Dollar in der Kreide. Diesen Banken wird mit dem „Euro-Rettungspaket“ der Einsatz gerettet, den sie im Falle eines Bankrotts abschreiben müssten.

Dabei profitieren die Banken bereits von den Premium-Zinsen auf die griechischen Schulden. Die Bundesregierung und die EU sorgen dafür, dass sie es weiter tun können: Die staatliche Europäische Zentralbank (EZB) verleiht an die Privatbanken weiter Geld für einen Zinssatz von 1 Prozent. Dieselben Banken verlangen jedoch von verschuldeten Staaten ein Mehrfaches: von Portugal und Irland ungefähr 5, von Griechenland 8 Prozent und mehr.

Damit der griechische Staat diese Zinszahlungen an die Banken weiter bedienen kann, fordern die Finanzmärkte nun scharfe

Einschnitte in den öffentlichen Ausgaben. Die Bundesregierung und die EU-Staaten folgen diesen Forderungen nach Einschnitten, um die zunehmende Staatsverschuldung zu senken. Ihr Ziel ist, dass zunächst die Menschen in Griechenland, aber bald auch in Deutschland für die Milliardenpritzen an die Finanzmärkte zahlen.

Griechenland wurde zuerst attackiert, nun droht eine europaweite Kürzungsoffensive

Die Finanzhilfen für Griechenland sind an Renten-, Lohn-, und Sozialabbau geknüpft. Die Menschen in Griechenland sollen auf bis zu 15% ihres Gehalts verzichten, Tarifverträge sollen entkräftet werden, der Kündigungsschutz durchlöchert, öffentliche Einrichtungen privatisiert werden. Auf der anderen Seite sollen die Verbrauchssteuern erhöht werden, sodass das Leben um über 20% teurer wird.

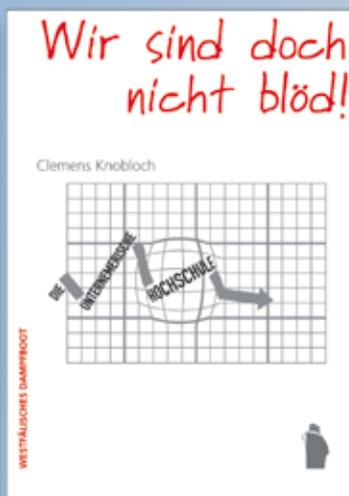
Konzerne und Vermögende werden hingegen nicht zur Kasse geben: Dabei sind die

tatsächlichen Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen mit etwa 16 Prozent in Griechenland nur halb so groß wie im Durchschnitt der Eurozone.

Griechenland wurde zuerst attackiert, da es neben Portugal und Spanien zu den verwundbarsten Staaten der Euro-Zone gehört. Doch europaweit droht eine neoliberale Kürzungsoffensive.

Bisher auf dem Tisch: Die französischen Regierung will die Ausgaben von 2011 bis Ende 2013 einfrieren. Jede zweite freiwerdende Stelle im öffentlichen Dienst wird nicht besetzt. Die neue britische Regierung will die Staatsausgaben in einem ersten Schritt um sieben Milliarden Euro senken. Die spanische Regierung plant für die kommenden drei Jahre eine Senkung der Ausgaben um mehr als 50 Milliarden Euro. Auch in Deutschland ist die Debatte um Kürzungen bereits voll entbrannt. Es droht eine zweite Agenda 2010. ★

Fabio De Masi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Michael Schlecht, Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Die Universität

hat als zeitgeistiger Themenpark keine Überlebenschance

Das Elend der Universitäten

2008 - 237 S. - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-734-8

Wir sind doch nicht blöd!

2010 - 264 S. - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-790-4

Als Institution der wissenschaftlichen Wahrheitssuche muss sie im Gegenteil selbst Anforderungen stellen: an ein vernünftiges Wirtschaften, an verantwortbare Technologien, an demokratische Institutionen. Nur dann wird sie wirklich autonom sein.

Fakten-Check

Die Lüge von den „Pleite-Griechen“

Bild & Co hetzen gegen „Luxus-Renten“. In Wirklichkeit ist die neoliberale Politik, die Griechenland nun verordnet wird, auch Ursache der Krise

Bild-Zeitung und neoliberale Wirtschaftswissenschaftler wie Hans-Werner Sinn versuchen die griechischen Beschäftigten zu den Schuldigen der Finanzkrise zu machen. Bild titelt: „Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxus-Renten?“ Hans Werner Sinn behauptet: „Griechenland muss billiger werden. Die Löhne und Sozialleistungen dort sind raketenhaft gestiegen!“ Die Realität ist: Griechenland ist das Armen-

In der Realität ist Griechenland das Armenhaus der Eurozone

haus der Eurozone. Viele ältere Griechen leben in Armut. Die Mindestrente in Griechenland liegt bei gerade einmal 445 Euro. Auch insgesamt liegt das Rentenniveau fast um die Hälfte unter dem Durchschnitt der anderen Euro-Länder. Ähnlich sieht es bei den Löhnen aus: Der griechische Mindestlohn liegt lediglich bei 51% des Durchschnitts der Eurozone. Ein Viertel aller griechischen Beschäftigten verdient weniger als 750 Euro netto im Monat, und das obwohl sich die Preise in Griechenland kaum von den deutschen unterscheiden.

Info: Widerstand

Am 20. Mai organisierten die griechischen Gewerkschaften den vierten eintägigen **Generalstreik** gegen das Kürzungspaket der Regierung. Schon seit Wochen gibt es in mehreren Städten immer wieder große Demonstrationen, die von einem Bündnis aus Gewerkschaften, linken Parteien und autonomen Organisationen mobilisiert werden.

Am 5. Mai demonstrierten in Athen zwischen 100.000 und 500.000 Menschen gegen die Kürzungen. Linke Parteien und Bewegungen sind in Griechenland traditionell stark. Bei den Parlamentswahlen letztes Jahr erreichte die Kommunistische Partei 7,5 Prozent und die „Koalition der Radikalen Linken“ 4,6 Prozent. ★

Banken und neoliberalen Politikern ist allerdings ein Dorn im Auge, dass sich die griechischen Gewerkschaften in letzter Zeit erfolgreich gegen weiteren Sozialabbau und Lohndumping gewehrt haben, während in Deutschland die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die Rente mit 67 durchgesetzt werden konnten. Doch ausgerechnet das Lohndumping in Deutschland hat zu der Schuldenkrise Griechenlands beigetragen. Denn es hat dazu geführt, dass die Lohnstückkosten, d.h. die Löhne im Verhältnis zur Produktivität, in Deutschland seit 2000 nur um 7 Prozent gestiegen sind, im Rest der Eurozone hingegen um 27 Prozent (in Griechenland um 28 Prozent). Dies hat bewirkt, dass Deutschland „konkurrenzfähiger“ wurde und mehr exportieren konnte. In der Folge haben sich andere EU-Staaten wie Griechenland immer stärker verschuldet, weil sie importierten. Diese Auslandsverschuldung macht Griechenland besonders verwundbar für die Finanzmärkte. Für die Bundesbank ist sie der „makroökonomische Nährboden“ der Finanzkrise. Lohndumping schadet aber auch den Menschen in Deutschland. Während es die Profite insbesondere für die Exportwirt-

schaft erhöht, führt es gleichzeitig dazu, dass Menschen weniger ausgeben können. Entsprechend sinkt die Binnennachfrage. Die deutsche Wirtschaft wuchs daher seit 1999 unterdurchschnittlich um 0,8 Prozent - gegenüber 1,4 Prozent Wachstum in der Eurozone oder 1,5 Prozent in Frankreich. Durch das mit dem Euro-Rettungspaket verordnete Lohndumping wird auch die Wirtschaft in Griechenland belastet. Das Sparprogramm über 13 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung mitten in der Krise wird Griechenland noch tiefer in die Rezession drücken und die Staatsverschuldung erhöhen. Die Deutsche Bank schätzt, dass sich die Zahl der Arbeitslosen innerhalb dieses Jahres verdoppeln wird. Das "Rettungspaket" ist dagegen darauf ausgerichtet, dass deutsche Konzerne weiter Profite in Griechenland machen können. Beispiel Rüstungsexporte: Griechenland hat besonderes hohe Militärausgaben von 4,3 Prozent des BIP (Deutschland hat 1,5 Prozent). Doch diese bleiben durch die verordneten Kürzungen weitgehend unangetastet. Stattdessen hat die Bundesregierung ihre Hilfen an die Bestätigung des Kaufs von deutschen U-Booten geknüpft. ★ *Fabio De Masi*

Info: Keine Kontrolle

Die Regierung tut nichts gegen die Spekulanten, die die Euro-Krise mit ausgelöst haben. **Die angebliche Regulierung der Finanzmärkte gibt es hauptsächlich nur auf dem Papier.**

Verboten wurden jetzt nur „ungedekte“ Leerverkäufe von einzelnen Aktien, Staatsanleihen der Euro-Länder und Kreditausfallversicherungen. Mit „gedeckten“ Leerverkäufen, bei denen der Finanzjongleur die Wertpapiere tatsächlich besitzen muss, um sie zum Kauf anzubieten, darf weiter auf die Pleite von Unternehmen und Staaten spekuliert werden. Ob ein Handel „ungedeckt“ ist, können die Aufsichtsbehörden fast nie feststellen. Außerdem hat die Regierung beschlossen, sich „international für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen“, nicht aber, sie tatsächlich einzuführen. Es wird auch nicht verhindert, dass Banken Zinsen auf Staatsanleihen einstreichen, die deutlich über dem Zinssatz liegen, mit dem sie sich bei der EZB Geld beschaffen können. Manager von Hedgefonds müssen sich künftig registrieren und nachweisen, dass sie für ihren Beruf qualifiziert sind. Doch auch ihnen wird es künftig nicht verboten sein, gegen Staaten, Währungen und damit gegen die Menschen in einem Land zu spekulieren. ★



Griechischer Demonstrant. Mit massiven Protesten wehren sich die Griechen gegen den Sozialkahltschlag

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Eric Hobsbawm:
Zwischenwelten und Übergangszeiten
Interventionen und Wortmeldungen
Hardcover | 240 Seiten | 18,- Euro

In Interviews und Aufsätzen bezieht Eric Hobsbawm als Historiker und politisch engagierter Zeitgenosse zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen der gegenwärtigen Epoche Stellung. Sein Blick gilt dem Untergang des Realsozialismus und der aktuellen welt-politischen Lage, er diskutiert die Krise des Kapitalismus und fragt nach den weiteren Perspektiven.

Georg Fülberth:
Kapitalismus
PapyRossa **Basiswissen**
Politik | Geschichte | Ökonomie

Pocketformat | 118 S. | 9,90 Euro

Um zu verstehen, was den Kapitalismus ausmacht, liefert diese kompakte Einführung im ersten Teil die notwendigen theoretischen Grundlagen. Der Geschichte dieser Wirtschaftsweise gilt der zweite Teil, der vom Handelskapitalismus der frühen Neuzeit bis zum Neoliberalismus und zur Krise der Gegenwart reicht.

Georg Fülberth:
Sozialismus
PapyRossa **Basiswissen**
Politik | Geschichte | Ökonomie

Pocketformat | 111 S. | 9,90 Euro

Nach einer Klärung dessen, was Sozialismus sei, informiert dieser Leitfaden kurz, aber dennoch präzise über die Grundzüge der Geschichte der sozialistischen Bewegungen, des staatlich verfassten Sozialismus seit 1917 und von Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus selbst. Abschließend geht es um die Zukunft des Sozialismus.

Tel. 02 21 / 44 85 45 | Fax 02 21 / 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

George Laouretis



Kippen sie die Studiengebühren?

Nach der Wahl in NRW könnten dort Studiengebühren abgeschafft werden.

Florian Wilde meint, auf SPD und Grüne ist kein Verlass - entscheiden werden die Proteste

Bei der Landtagswahl in NRW wurde die schwarz-gelbe Landesregierung abgewählt. Damit könnten nun die Studiengebühren im bevölkerungsreichsten Bundesland fallen.

Für Gebühren-Befürworter droht sich der „Hessen-Effekt“ zu wiederholen: Eine Bewegung sorgt dafür, dass Studiengebühren abgeschafft werden.

Wie in NRW hatte auch in Hessen eine CDU-geführte Landesregierung Studiengebühren eingeführt. Dies führte in Hessen zu massiven Protesten. Studierende organisierten Demonstrationen und blockierten Autobahnen.

Wegen des Bildungsstreiks wendeten sich Parteien gegen Studiengebühren

In der Folge setzte sich nicht mehr nur DIE LINKE für die Abschaffung von Studiengebühren ein, sondern auch die Grünen und die SPD richteten ihren Wahlkampf auf das Thema aus. Das ist keine Selbstverständlichkeit: Ohne den Druck der Studierenden

erwiesen sich SPD und Grüne in der Vergangenheit immer wieder als die Parteien nachgelagerter Studiengebühren, Studienzeitkonten oder anderer Formen mehr oder weniger verkappter Bildungsgebühren.

„Bild“ erklärte Kultusminister Corts zum meistgehassten Mann

In Hessen sorgten die Studierendenproteste für eine derart breite Ablehnung der Studiengebühren in der Bevölkerung, dass auch Grüne und SPD die Landtagswahlen zu einer Abstimmung über Studiengebühren machten. Selbst die Bild-Zeitung erklärte den damaligen Kultusminister Udo Corts zum „für die Studenten meistgehassten Mann.“

Das Ergebnis: Ministerpräsident Roland Koch (CDU) wurde abgewählt und eine Mehrheit von SPD, Grünen und DIE LINKE setzte im hessischen Landtag die Abschaffung der Studiengebühren durch. Auch nachdem Roland Koch wieder an die Macht kam, hat er es bis heute nicht gewagt, sie

wieder einzuführen - obwohl er Studiengebühren explizit befürwortet.

Ähnlich wie in Hessen sorgten die Bildungsstreik-Proteste in NRW dafür, dass nicht nur DIE LINKE, sondern auch Grüne und SPD in ihrem Wahlkampf Plakate gegen Studiengebühren klebten. Zuletzt hat es eine Woche vor der Wahl eine Bildungsstreik-Demonstration gegen Schwarz-Gelb gegeben. Wenn nun nach den Wahlen in NRW, dem Bundesland mit den meisten Studierenden, die Gebühren fallen, kommen auch in anderen Bundesländern Gebührenbefürworter in die Defensive. Drohte den Bundesländern ohne Studiengebühren früher noch von einer Welle Studierender aus den Gebühren-Ländern überschwemmt zu werden, müssen sich vielleicht bald schon Ministerpräsidenten, die weiterhin an den Studiengebühren festhalten, für diesen Selektionsmechanismus rechtfertigen.

Ob es so kommt, wird auch davon abhängen, ob es der Bildungsstreik-Bewegung gelingt, SPD und Grüne weiter unter Druck zu setzen. Eine Abschaffung der Studiengebühren wäre sofort möglich, auch unabhängig von der künftigen Regierungskoalition.

SPD, Grüne und LINKE müssten dafür nur ihre Mehrheit im Landtag nutzen - so, wie damals in Hessen. Auf SPD und Grüne darf man sich aber nicht verlassen. Ohne den gesellschaftlichen Druck einer starken

Ohne Druck werden SPD und Grüne die Gebühren in NRW nicht abschaffen

Protestbewegung werden sie dazu nicht bereit sein.

SPD und Grüne haben mit der Agenda 2010, den Hartz IV-Gesetzen und der Rente ab 67 genau die neoliberale Politik durchgesetzt, nach der Koch und die Bundesregierung nun Bildung und Sozialstaat für die Milliardenhilfen der Banken bluten lassen wollen. Der Bildungsstreik am 9. Juni und die Krisen-Proteste am 13. Juni in Berlin und Stuttgart können ein Anfang sein, sie damit nicht durchkommen zu lassen - und dafür zu sorgen, dass die Studiengebühren in NRW tatsächlich fallen. ★

Florian Wilde ist Geschäftsführer von Die Linke.SDS

Protest gegen die Kürzungen

★ „Bundesweiter Bildungsstreik“ heißt es **am 9. Juni auf den großen dezentralen Demonstrationen des Bildungsstreiks 2010.** Vergangenen Sommer gingen über 270.000 Menschen auf die Straße. Auch dieses Jahr gibt es deutschlandweit Aktionen an Schulen, Unis und anderen Bildungsein-

richtungen. **Die hessischen Studierenden haben am 11. Mai schon vorgelegt, mit über 10.000 Demonstranten in Wiesbaden.**

Alle Information und aktuelle Berichte zum Bildungsstreik gibt es im Internet unter: www.bildungsstreik.net

★ „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Unter diesem Motto wird **am 12. Juni**

in Stuttgart und Berlin demonstriert. Im Fokus steht der Widerspruch aus unkontrollierten Finanzmärkten, denen aus der Krise geholfen wird, und Kürzungen am Sozialstaat. Untertitel der Demos aus aktuellem Anlass: **„Wir sind alle Griechen!“** Mehr Infos zu den Protesten gibt es im Internet unter: www.kapitalismuskrisen.org



Info

★ Aktuelle Informationen, Kommentare und Analysen zum Bildungsstreik unter www.linke-sds.org. Auf der Website von Die Linke.SDS findet ihr auch Informationen zu den Protesten gegen die Kürzungsoffensive und könnt die critica kostenfrei zum Weitervertellen bestellen, sowie viele andere Materialien. ★